



11. September 2008

**Verhandlungen zum Emissionshandel gehen in die entscheidende Phase:  
Vorstand der Wirtschaftsvereinigung Stahl für Berücksichtigung der  
Wettbewerbsfähigkeit**

Mit der heutigen Beratung im Industrieausschuss des Europäischen Parlamentes gehen die europäischen Verhandlungen zur Revision des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels für die Zeit ab 2013 in die entscheidende Phase. Der Vorstand der WV Stahl appelliert an die europäischen Abgeordneten, bei den anstehenden Beratungen die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu berücksichtigen. Deshalb fordert die Stahlindustrie:

- Die Zuteilung von Emissionsrechten muss weiterhin kostenfrei sein. Eine Versteigerung würde die Stahlindustrie mit mindestens 2,3 bis zu über 5 Milliarden Euro (je nach Zertifikatspreis) im Jahr belasten und wäre gegenüber den außereuropäischen Wettbewerbern nicht verkräftbar.
- Auch die Emissionen aus der Stromerzeugung mit Kuppelgasen der Eisen- und Stahlerzeugung sollten kostenfrei mit Zertifikaten ausgestattet werden. Das Verfahren, bei der Stahlerzeugung anfallende Kuppelgase für die Stromerzeugung zu nutzen, ist sehr umweltfreundlich und energieeffizient. Etwa die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Stahlindustrie ist davon betroffen.
- Die Zuteilung muss auf Basis von Emissionsstandards erfolgen, die anspruchsvoll sind, aber die technischen Potenziale widerspiegeln. Zu einer Minderung von 21 Prozent von 2005 bis 2020 hat die Stahlindustrie keine Möglichkeit, da sie das technisch Machbare bereits weitgehend ausgeschöpft hat.
- Die bereits eingetretenen und absehbaren weiteren Strompreissteigerungen durch den Emissionshandel sind eine schwere Belastung für die Stahlwerke. Durch zusätzliche Zertifikate für den Stromverbrauch, z. B. bei den Elektro-Stahlwerken, muss eine Kompensation eingeführt werden.

Der Vorstand fordert die Bundesregierung auf, mit Nachdruck zu einer einheitlichen Position im Brüssler Ministerrat zu finden. Andernfalls ist zu befürchten, dass in dieser entscheidenden Beratung die Zukunft des Industriestandortes Deutschland ohne die Bundesrepublik verhandelt wird. Die gemeinsame Erklärung von Bundesumweltministerium und IG Metall vom 10. September 2008 ist zu begrüßen. Die darin enthaltenen Positionen sind aber nicht ausreichend und nicht ausreichend präzisiert, um die energieintensiven Industrien und ihre Arbeitsplätze auf Dauer in Deutschland und Europa zu halten.

*Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 92.000 Mitarbeiter.*

**Rückfragen:** Beate Brüninghaus Fon + 49(0)211 6707-115 oder 116

[beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de](mailto:beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de)